

GROSSE KRISEN LASSEN SICH NUR GEMEINSAM LÖSEN

Deutschland als bevölkerungsreichstes und wirtschaftlich stärkstes Mitgliedsland hat ein besonderes Gewicht in der Europäischen Union (EU). Deswegen entscheidet die Bundestagswahl nicht nur über die politische Richtung, die Deutschland einschlägt, sondern hat auch Auswirkungen auf ganz Europa. Große Herausforderungen wie der Klimawandel, Digitalisierung, Globalisierung, Flucht und Migration sowie die Pandemiefolgen lassen sich nicht im nationalen Alleingang lösen. Dafür brauchen wir ein starkes, solidarisches und soziales Europa!

Für ein Europa, das stärker und krisenfester ist

Nach der Corona-Krise darf es in Europa kein „Weiter wie bisher“ geben. Die EU muss krisenfester werden, damit sie ihre Bürger*innen vor Pandemien, Arbeitslosigkeit und Armut besser schützen kann. Die Ungleichheiten bei Löhnen und Vermögen zwischen den und innerhalb der Mitgliedstaaten muss entschlossen bekämpft werden.

Das europäische Konjunktur- und Investitionsprogramm aus dem Jahr 2020 ist ein wichtiger Meilenstein in diese Richtung: Zum ersten Mal entschieden sich die Mitgliedstaaten für mehr Europa statt für Sparzwang zur Krisenbekämpfung. Das Programm sieht vor, dass gemeinsame europäische Schulden aufgenommen werden, damit die Staaten ihre Beschäftigten und Unternehmen in der Krise unterstützen können. Somit teilen sie die Lasten der Krise, statt armen Ländern Sozialstaatskürzungen vorzuschreiben. Dahinter steht die Idee, durch Investitionen aus der Krise „herauszuwachsen“ statt sich weiter in die Krise „hineinzusparen“. Dass sich die Mitgliedstaaten gemeinsam verschulden, um die Folgen der Krise zu bewältigen, ist ein starkes Zeichen der Solidarität.

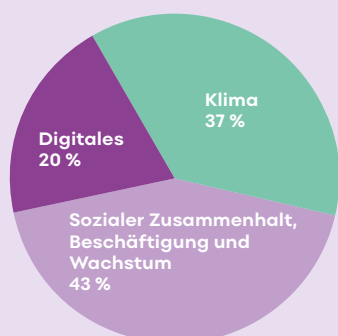
Deutschland profitiert übrigens selbst enorm von der EU: Jährlich gehen knapp 60 Prozent unserer Exporte in EU-Länder; fast 30 Prozent der deutschen Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt vom Export ab. Außerdem werden auch in Deutschland viele EU-Gelder eingesetzt (siehe Abbildung 1).

Für ein Europa, das Klimaschutz ernst nimmt und Beschäftigung sichert

Im Jahr 2019 hat die EU den europäischen „Green Deal“ beschlossen. Ziel ist, die Wirtschaft in Europa bis 2050 klimaneutral zu machen. Neben massiven öffentlichen Investitionen in Grundlagenforschung und Infrastruktur braucht es dafür auch eine stärkere Beteiligung der Vermögenden, um die großen Aufgaben dieses Umbaus zu finanzieren.

Doch auch mit besser gefüllten Staatskassen ist der Kampf noch lange nicht gewonnen: Wer neue Technologien und Produktionsprozesse auf den Markt bringt, braucht entsprechend qualifizierte Fachkräfte – ohne mehr Investitionen in die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten bleiben Innovationen am Reißbrett folgenlos. Es ist daher notwendig,

Abb. 1: Aufteilung der Gelder aus dem EU-Konjunkturprogramm



Quelle: DGB-BVV

Das EU-Konjunkturprogramm beläuft sich auf insgesamt 750 Milliarden Euro, von denen 27,9 Milliarden in den Jahren 2021-2027 an Deutschland gehen. Erfreulich viel Geld wird in Zukunftsbranchen wie die Digitalisierung und die Bekämpfung des Klimawandels fließen. Die Bundesregierung muss die Mittel nun so einsetzen, dass auch die Beschäftigten in Deutschland davon profitieren – durch neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt sowie Aus- und Weiterbildung für die Jobs der Zukunft.

den „Green Deal“ mit ambitionierten wirtschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Weichenstellungen zu begleiten. Die europäischen Gewerkschaften stehen an vorderster Front, um die Übergänge zu einer klimaneutralen Wirtschaft gemeinsam mit Arbeitgeber*innen und dem Staat zu gestalten.

Denn eines ist dabei nicht verhandelbar: Die Arbeitnehmer*innen, die die Transformation der Wirtschaft ermöglichen, dürfen die Kosten dieses Unterfangens nicht alleine tragen – in Form von prekären Arbeitsbedingungen, Kaufkraftverlust oder Arbeitslosigkeit. Stattdessen müssen sie auf dem Weg in eine klimafreundliche Zukunft unterstützt werden. Wir nennen das „Just Transition“, also einen gerechten, fairen Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft, der Beschäftigte in Sektoren, die vom Strukturwandel betroffen sind, nicht zurücklässt.

Dabei reicht es nicht, wenn nur Deutschland sich neu aufstellt. Diese Mammutaufgabe erfordert ein geschlossenes europäisches Vorgehen. Um einen fairen Wettbewerb und gute Arbeitsbedingungen in Zukunft zu sichern, müssen sich die europäischen Staaten noch stärker zusammentun und ihre Wirtschaft hin zu nachhaltiger und klimafreundlicher Produktion gemeinsam umbauen. Nur so können sie international wettbewerbsfähig bleiben.

Für ein Europa, in dem soziale Rechte keine Grenzen kennen

Die Möglichkeit, in jedem anderen europäischen Land arbeiten zu können, ist eine der großen Errungenschaften in der EU. Doch „mobile“ Beschäftigte werden häufig um ihre Rechte betrogen, zu Dumpinglöhnen bezahlt oder ganz um ihren Lohn geprellt. Viele Unternehmen missbrauchen das Recht auf Freizügigkeit und die Dienstleistungsfreiheit und mogeln sich um Arbeits- und Sozialstandards herum.

Mit der Corona-Pandemie ist uns allen vor Augen geführt worden, dass es besonders verwundbare Berufsgruppen gibt, von deren Arbeit unser Alltag abhängt. Dazu gehören Angestellte in Supermärkten, Pfleger*innen, Saisonarbeitskräfte sowie Beschäftigte in der Fleischindustrie. Als Gewerkschaften wissen wir, dass Ausbeutung nicht vor Landesgrenzen haltmacht. Deshalb brauchen wir verbindliche, europäische Regelungen, damit mobile Beschäftigte in den Mitgliedstaaten der EU – auch in Deutschland! – auf faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen vertrauen können.

Für ein Europa, das zusammen besser wird

Auch wenn die EU in der Corona-Pandemie zügig Hilfsprogramme vorgelegt hat, muss es nun darum gehen, die Menschen langfristig sozial abzusichern und die Einkommensarmut einzudämmen. An oberster Stelle steht die Einführung angemessener Löhne, die derzeit zwischen den EU-Institutionen verhandelt wird. Der DGB fordert verbindliche Lohnuntergrenzen in allen EU-Ländern: Kein Lohn darf unter der Armutsschwelle liegen. In Deutschland heißt das, den gesetzlichen Mindestlohn rasch auf 12 Euro pro Stunde anzuheben.

Zur besseren sozialen Absicherung der europäischen Arbeitnehmer*innen fordert der DGB darüber hinaus die Einführung von Mindeststandards, die europaweit für die nationalen Arbeitslosenversicherungen und die Grundsicherung gelten. Einheitliche Qualitätskriterien, die in

keinem Land unterschritten werden dürfen, sollen dafür sorgen, dass die europäischen Bürger*innen in Notlagen nicht in Armut fallen und dass alle Mitgliedstaaten für zukünftige Krisen besser gewappnet sind. Schließlich kommen Länder mit stabilen Sicherungssystemen und hohen Sozialausgaben nachweislich besser durch Krisen, wie die Wirtschaftskrise von 2008/2009 gezeigt hat.

Deutschland muss sich klar für diese sozialen Mindeststandards einsetzen. Die Bundestagswahl ist deshalb eine wichtige Chance, dieses Thema ganz nach oben auf die europäische Tagesordnung der Bundesregierung zu setzen.

Für ein Europa der Menschenrechte und des Friedens

Wir sind davon überzeugt: Wenn sich Deutschland stärker für ein soziales und solidarischeres Europa einsetzt, können wir auch den rechtspopulistisch-nationalistischen Kräften Einhalt gebieten, die in nahezu allen EU-Mitgliedstaaten politisch Fuß fassen konnten. Rechtspopulisten, Nationalisten und ausländerfeindliche Parteien schüren Ängste, spalten und wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstören. Sie verhöhnern grundlegende Prinzipien der Solidarität, der Toleranz und der Menschenrechte, die fest in der EU-Charta und internationalen Vereinbarungen verankert sind.

Flucht und Migration hat viele Ursachen – sie liegen in den Ländern selbst, aber auch im wirtschaftlichen Handeln europäischer Unternehmen, das Menschen in Drittstaaten schlicht die Lebensgrundlage entzieht. Kriege und Konflikte werden von Rüstungsexporten weltweit verschärft. Flucht und Migration ist historische Normalität und internationale Gestaltungsaufgabe. Notwendig sind gemeinsame europäische Lösungen statt nationale Alleingänge.

DER DGB FORDERT:

- Sozialer und ökologischer Umbau der europäischen Wirtschaft, damit Europa bis 2050 klimaneutral wird
- Europaweite Stärkung der Tarifbindung, bessere Arbeitnehmer-Mitbestimmung, armutsfeste Mindestlöhne in jedem EU-Mitgliedstaat, Regeln für angemessene Mindesteinkommen und EU-Standards für die Arbeitslosenversicherung
- Europäische Wirtschaftsregierung und solidarische Rückversicherung für nationale Arbeitslosenversicherungen, damit der Euro funktionieren kann und die Menschen in Krisen sozial abgesichert sind
- Europa als Modell für den Rest der Welt für eine gute wirtschaftliche und soziale Integration und eine faire Gestaltung der Globalisierung ohne Kriege